

Gesetz über Rechtsberatung und Vertretung für Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz)

**Vom 18.6.1980, BGBl. I S. 689
BGBl. III 303-15**

Zuletzt geändert durch Gesetz zur Modernisierung des Kostenrechts (Kostenrechtsmodernisierungsgesetz
– KostRMOG) vom 5.5.2004, BGBl. I S. 718, 834

Änderungen seit dem 1.10.2000:

geändert durch Gesetz zur Umstellung des Kostenrechts und der Steuerberatergebührenverordnung auf Euro
(KostREuroUG) vom 27.4.2001 (BGBl I S. 751). Betroffene Artikel/Paragraphen: 8

geändert durch Gesetz zur Änderung des Rechts der Vertretung durch Rechtsanwälte vor den Oberlandesgerichten
(OLG-Vertretungsänderungsgesetz – OLGVertrÄndG) vom 23.7.2002
(BGBl I S. 2850). Betroffene Artikel/Paragraphen: 3

geändert durch Gesetz zur Modernisierung des Kostenrechts (Kostenrechtsmodernisierungsgesetz – KostRMOG)
vom 5.5.2004 (BGBl I S. 718). Betroffene Artikel/Paragraphen: 8, 9, 15

Inhaltsverzeichnis

Erster Abschnitt: Beratungshilfe

- § 1 [Voraussetzungen]
- § 2 [Beratung; Vertretung]
- § 3 [Gewährung der Beratungshilfe durch Rechtsanwälte oder Amtsgerichte]
- § 4 [Entscheidung über den Antrag]
- § 5 [Verfahren]
- § 6 [Berechtigungsschein]
- § 7 [Pflichten des Rechtssuchenden]
- § 8 [Beratungshilfengebühr]
- § 9 [Kostenersatz durch Gegner]

Zweiter Abschnitt: Änderung von Bundesgesetzen

- § 10 [Änderung anderer Gesetze]
- § 11 [Änderung anderer Gesetze]
- § 12 [Änderung anderer Gesetze]
- § 13 [Vordrucke]

Dritter Abschnitt: Schlußvorschriften

- § 14 [Sonderbestimmungen für Bremen und Hamburg]
- § 15
- § 16 Inkrafttreten

Erster Abschnitt: Beratungshilfe

§ 1 [Voraussetzungen] (1) ¹Hilfe für die Wahrnehmung von Rechten außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens und im obligatorischen Güteverfahren nach § 15 a des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozeßordnung (Beratungshilfe) wird auf Antrag gewährt, wenn

1. der Rechtsuchende die erforderlichen Mittel nach seinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen nicht aufbringen kann,
2. nicht andere Möglichkeiten für eine Hilfe zur Verfügung stehen, deren Inanspruchnahme dem Rechtsuchenden zuzumuten ist,
3. die Wahrnehmung der Rechte nicht mutwillig ist.

(2) ¹Die Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 1 sind gegeben, wenn dem Rechtsuchenden Prozeßkostenhilfe nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung ohne einen eigenen Beitrag zu den Kosten zu gewähren wäre.

§ 2 [Beratung; Vertretung] (1) ¹Die Beratungshilfe besteht in Beratung und, soweit erforderlich, in Vertretung.

(2) ¹Beratungshilfe nach diesem Gesetz wird gewährt in Angelegenheiten

1. des Zivilrechts einschließlich der Angelegenheiten, für deren Entscheidung die Gerichte für Arbeitssachen zuständig sind,
2. des Verwaltungsrechts,
3. des Verfassungsrechts,
4. des Sozialrechts.

²In Angelegenheiten des Strafrechts und des Ordnungswidrigkeitenrechts wird nur Beratung gewährt. ³Ist es im Gesamtzusammenhang notwendig, auf andere Rechtsgebiete einzugehen, wird auch insoweit Beratungshilfe gewährt.

(3) ¹Beratungshilfe nach diesem Gesetz wird nicht gewährt in Angelegenheiten, in denen das Recht anderer Staaten anzuwenden ist, sofern der Sachverhalt keine Beziehung zum Inland aufweist.

§ 3 [Gewährung der Beratungshilfe durch Rechtsanwälte oder Amtsgerichte] (1) ¹Die Beratungshilfe wird durch Rechtsanwälte und durch Rechtsbeistände, die Mitglied einer Rechtsanwaltskammer sind, gewährt, auch in Beratungsstellen, die auf Grund einer Vereinbarung mit der Landesjustizverwaltung eingerichtet sind.

(2) ¹Die Beratungshilfe kann auch durch das Amtsgericht gewährt werden, soweit dem Anliegen durch eine sofortige Auskunft, einen Hinweis auf andere Möglichkeiten für Hilfe oder die Aufnahme eines Antrags oder einer Erklärung entsprochen werden kann.

§ 4 [Entscheidung über den Antrag] (1) ¹Über den Antrag auf Beratungshilfe entscheidet das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Rechtsuchende seinen allgemeinen Gerichtsstand hat. ²Hat der Rechtsuchende im Inland keinen allgemeinen Gerichtsstand, so ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk ein Bedürfnis für Beratungshilfe auftritt.

(2) ¹Der Antrag kann mündlich oder schriftlich gestellt werden. ²Der Sachverhalt, für den Beratungshilfe beantragt wird, ist anzugeben. ³Die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Rechtsuchenden sind glaubhaft zu machen. ⁴Wenn sich der Rechtsuchende wegen Beratungshilfe unmittelbar an einen Rechtsanwalt wendet, kann der Antrag nachträglich gestellt werden.

§ 5 [Verfahren] ¹Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sinngemäß, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

§ 6 [Berechtigungsschein] (1) ¹Sind die Voraussetzungen für die Gewährung von Beratungshilfe gegeben und wird die Angelegenheit nicht durch das Amtsgericht erledigt, stellt das Amtsgericht dem Rechtsuchenden unter genauer Bezeichnung der Angelegenheit einen Berechtigungsschein für Beratungshilfe durch einen Rechtsanwalt seiner Wahl aus.

(2) ¹Gegen den Beschluß, durch den der Antrag zurückgewiesen wird, ist nur die Erinnerung statthaft.

§ 7 [Pflichten des Rechtssuchenden] ¹Der Rechtssuchende, der unmittelbar einen Rechtsanwalt aufsucht, hat seine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse glaubhaft zu machen und zu versichern, daß ihm in derselben Angelegenheit Beratungshilfe bisher weder gewährt noch durch das Amtsgericht versagt worden ist.

§ 8 [Beratungshilfengebühr] ¹Vereinbarungen über eine Vergütung sind nichtig.

§ 9 [Kostenersatz durch Gegner] ¹Ist der Gegner verpflichtet, dem Rechtssuchenden die Kosten der Wahrnehmung seiner Rechte zu ersetzen, hat er die gesetzliche Vergütung für die Tätigkeit des Rechtsanwalts zu zahlen. ²Der Anspruch geht auf den Rechtsanwalt über. ³Der Übergang kann nicht zum Nachteil des Rechtssuchenden geltend gemacht werden.

Zweiter Abschnitt: Änderung von Bundesgesetzen

§ 10 [Änderung anderer Gesetze]

§ 11 [Änderung anderer Gesetze]

§ 12 [Änderung anderer Gesetze]

§ 13 [Vordrucke] ¹Der Bundesminister der Justiz wird ermächtigt, zur Vereinfachung und Vereinheitlichung des Verfahrens durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrats Vordrucke für den Antrag auf Gewährung von Beratungshilfe und auf Zahlung der Vergütung des Rechtsanwalts nach Abschluß der Beratungshilfe einzuführen und deren Verwendung vorzuschreiben.

Dritter Abschnitt: Schlußvorschriften

§ 14 [Sonderbestimmungen für Bremen und Hamburg] (1) ¹In den Ländern Bremen und Hamburg tritt die eingeführte öffentliche Rechtsberatung an die Stelle der Beratungshilfe nach diesem Gesetz, wenn und soweit das Landesrecht nichts anderes bestimmt.

(2) ¹Im Land Berlin hat der Rechtssuchende die Wahl zwischen der Inanspruchnahme der dort eingeführten öffentlichen Rechtsberatung und anwaltlicher Beratungshilfe nach diesem Gesetz, wenn und soweit das Landesrecht nichts anderes bestimmt.

(3) ¹Die Berater der öffentlichen Rechtsberatung, die über die Befähigung zum Richteramt verfügen, sind in gleicher Weise wie ein beauftragter Rechtsanwalt zur Verschwiegenheit verpflichtet und mit schriftlicher Zustimmung des Ratsuchenden berechtigt, Auskünfte aus Akten zu erhalten und Akteneinsicht zu nehmen.

§ 15 ¹§ 9 ist in Fällen, in denen die Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte nach § 61 des [Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes](#) weiter anzuwenden ist, in der vor dem 1. Juli 2004 geltenden Fassung anzuwenden.

§ 16 Inkrafttreten